



Bundesbern ist ausser Rand und Band

Rede von Christine Goll, Präsidentin der SP60+ an der Mitgliederkonferenz vom 11. Juni 2022

Wer mitverfolgt, was sich im Bundeshaus abspielt und welche politischen Entscheide getroffen werden, muss zum Schluss kommen: Bundesbern ist ausser Rand und Band.

Die Mehrheitsverhältnisse haben sich seit den letzten nationalen Wahlen nicht zu unseren Gunsten verändert. Eine bürgerliche Mehrheit in Bundesbern ist schon viel zulange Tatsache. Erstaunlich ist jedoch schon die Dreistigkeit bürgerlicher Politikentscheide gegen die Interessen der grossen Mehrheit der Bevölkerung.

Der grosse Steuersenkungsplan, der uns in Salamischeiben präsentiert wird, wurde Ueli Maurer und seinem Finanzdepartement von der Banken- und Konzernlobby diktiert. Nur noch Löhne, Renten und Konsum sollen besteuert werden. Konzerne und Grossaktionäre sollen nichts mehr zum Gemeinwesen beitragen müssen. Wie bitte? Ja, genauso steht es in einem Papier des Finanzdepartements mit dem Titel «Steuerstandort Schweiz»
«1. Vorwiegend sollen Einkommen und Konsum besteuert werden. 2. Kapital- und Vermögenssteuern sollen reduziert werden. 3. Transaktionssteuern sollen beseitigt werden.»

Diese gefährliche Nähe von Kapital und Politik ist beunruhigend. Der Staat macht sich zum Handlanger einer abgehobenen Wirtschaftselite und ist damit auch verantwortlich für das Auseinanderdriften von Reich und Arm.

Steigende Preise, steigende Krankenkassenprämien, steigende Mieten und Heizkosten, aber sinkende Löhne und sinkende Renten:

Das erleben wir derzeit und das sind die Probleme, die heute den Menschen unter den Nägeln brennen, bzw. aufs Portemonnaie drücken.

Seit der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) 1997 hat

- die Prämienbelastung um 142% zugenommen,
- die Prämienverbilligungen hingegen sind lediglich um 41% gestiegen,
- die Lohnentwicklung seit 1997 betrug 15% und
- die Rentenentwicklung bei der AHV gerade mal 8%.

Die Reallöhne für die unteren und mittleren Einkommen schrumpfen seit Jahren. Das wirkt sich natürlich auch auf die AHV-Renten aus. Die Rentner:innen müssen also mit einem weiteren Kaufkraftverlust rechnen, wenn der Bund für die nächste Anpassung der AHV-Renten auf den 1.1.2023 keine Massnahmen ergreift. Die Preise steigen hingegen. Für dieses Jahr rechnet der SGB mit einer Teuerung von 2,7%.

Steuergeschenke für Reiche, Sozialabbau für die grosse Mehrheit der Bevölkerung? Das können wir nicht zulassen! Gegen diese unverschämte und verantwortungslose Politik müssen wir uns zur Wehr setzen!

Gegen die bürgerliche Umverteilungspolitik auf dem Buckel der Arbeitnehmenden und der Rentner:innen müssen wir jetzt aktiv werden: Denn schon am 25. September wird an der

Urne über zwei Vorlagen abgestimmt, die exemplarisch aufzeigen, wie das Kapital geschont und wir alle zur Kasse gebeten werden: Die SP60+ muss sowohl den Rentenabbau bei der Vorlage AHV 21 als auch die Begünstigung der Vermögenden mit der geplanten Abschaffung der Verrechnungssteuer engagiert bekämpfen!

Wir müssen und können uns wehren. Denn dank der erfolgreich eingereichten Referenden von SP und Gewerkschaften gegen diese beiden bürgerlichen Umverteilungsprojekte zugunsten der Reichen und auf dem Buckel der grossen Mehrheit der Bevölkerung, können wir dieser unsozialen Politik einen Riegel schieben. Und wir können und müssen möglichst viele Stimmbürger:innen überzeugen, dies mit uns zu tun.

Bundesbern ist ausser Rand und Band und verteilt Steuergeschenke an Reiche:

Die Verrechnungssteuer soll abgeschafft werden. Aber nur für Obligationen. Auf dem Sparbüchlein zahlen wir alle weiterhin die Verrechnungssteuer. So hat es die Parlamentsmehrheit im letzten Winter beschlossen. Von dieser Steuersenkung profitieren abermals nur Toppverdienende und Personen mit grossen Vermögen. Dies ist der zweite Teil des grossen Plans der bürgerlichen Mehrheit in Bundebern. Teil eins war der Stempelsteuer-Bschiss: Im letzten Februar haben wir jedoch die Abschaffung der Stempelsteuer an der Urne gebodigt. Auch die nächste Selbstbedienungsrunde der Oberschicht können wir in der kommenden Volksabstimmung vom 25. September mit einem Nein zur Abschaffung der Verrechnungssteuer stoppen.

Unsere Erfahrung zeigt, dass Steuersenkungen immer nur den gut Betuchten zugutekommen. Den Preis für weniger Steuereinnahmen zahlt immer die Bevölkerung: In der bürgerlichen Logik folgt dann jeweils Sozialabbau.

Bundesbern ist ausser Rand und Band und will den Rentenabbau vorantreiben:

Obwohl Frauen bereits heute ein Drittel weniger Rente als Männer erhalten, sollen sie mit AHV 21 einseitige Rentenkürzungen schultern. Dass Frauen tiefere Renten haben, ist eine Folge der Benachteiligungen im Erwerbsleben: Die Lohndiskriminierung der Frauen ist noch nicht überwunden, Frauen sind in Tieflohnbranchen übervertreten, 60% der Frauen arbeiten Teilzeit (was für sie eine eigentliche Rentenfall ist) und sie stemmen den Hauptanteil der Gratisarbeit im Privaten. Unser System der Altersvorsorge verzeiht nichts.

- Je tiefer die Löhne desto weniger ist eine Frühpensionierung möglich.
- Je tiefer die Löhne, desto kürzer ist die Lebenserwartung.
- Und je tiefer die Löhne, desto kleiner ist die Chance, den Ruhestand längere Zeit in guter Gesundheit geniessen zu können.

Als AHV-Bezüger:innen sind wir solidarisch mit den kommenden Rentengenerationen. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll in Würde und finanzieller Sicherheit alt werden können. Die AHV ist unser wichtigstes Sozialwerk und bildet für die meisten Pensionierten das Haupteinkommen im Alter. Die AHV darf nicht geschwächt, sondern muss im Gegenteil gestärkt werden. Deshalb werden wir alle Abbauersuche bei der AHV vehement bekämpfen.

Der Fahrplan für weitere Rentensenkungen ist aufgegleist: Die Heraufsetzung des Rentenalters der Frauen ist nur der erste Schritt: Bald sollen alle bis 67 arbeiten. Dabei wird die Realität auf dem Arbeitsmarkt ausgeblendet. Denn ein Jahr vor dem heute geltenden Rentenalter ist nur noch die Hälfte der Männer und Frauen erwerbstätig.

Bei der Altersvorsorge geht es um einen eigentlichen Richtungskampf. Nach Plan der bürgerlichen Mehrheit in Bundesbern soll die AHV geschwächt werden, der Absturz der Renten in der 2. Säule wird jedoch nicht gestoppt. Die Renditen der Pensionskassen betragen im vergangenen Jahr satte 6%, doch die Gewinne werden nicht an die Versicherten oder Pensionierten weitergegeben. Die Finanzindustrie schröpft jedes Jahr

Milliarden aus den Pensionskassen ab – auf Kosten der Versicherten. Und auch das beliebte Steuerschlupfloch für Gutbetuchte, die 3. Säule, die private Altersvorsorge, soll ausgebaut werden, was wiederum zu massiven Steuerausfällen führen wird, die wiederum wir alle bezahlen...

In gut einem Jahr, im Herbst 2023, finden die nächsten nationalen Wahlen statt. Auch wir haben es in der Hand, die politische Zusammensetzung in Bundesbern zu ändern. Ja, gerade wir Alten haben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss, zeigt doch jede Wahl- und Abstimmungsanalyse, dass wir, die Generationen 60plus, zu denen gehören, die am häufigsten zur Urne gehen.

Wir müssen die Alten mobilisieren und ermutigen, sich politisch einzumischen. Dazu müssen wir die SP60+ als Bewegung stärken. Die kantonalen Gruppen der SP60+ spielen dabei eine wichtige Rolle. Es braucht aber noch sehr viel Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit, die wir leisten müssen, um die älteren Generationen für unsere Anliegen zu gewinnen.

Leider gibt es auch ältere Genossen in unseren Reihen, die AHV 21 immer noch für ein Gleichstellungsprojekt halten. So schreibt mir ein Genosse kürzlich: *«Eine Überarbeitung der AHV ist dringend. Und diese Überarbeitung ist einfach eine Anpassung an die veränderten Zeiten: Die längere Lebenserwartung aller Rentner:innen und die Gleichstellung von Mann und Frau. Mit der Revision wird das wichtigste Sozialwerk wieder für längere Zeit abgesichert.»*

Das stimmt in dreifacher Hinsicht nicht:

1. Diese AHV-Revision, über die wir am 25. September abstimmen werden, ist keine Anpassung an die längere Lebenserwartung. Denn die Demografie ist kein entscheidender Faktor für die Stabilität und die Finanzierung dieses Sozialwerks. Sichere Renten sind eine Frage des politischen Willens.
2. Diese AHV-Revision hat auch nichts mit Gleichstellung zu tun. Im Gegenteil, sie verschlimmert die ohnehin bereits prekäre Rentensituation der Frauen drastisch.
3. Mit dieser Revision wird das wichtigste Sozialwerk auch nicht wieder für längere Zeit abgesichert, wie der Genosse meint. Im Gegenteil: Die Zusatzfinanzierung wurde von der bürgerlichen Mehrheit im Parlament so knappgehalten, um in kurzer Zeit weitere Leistungskürzungen legitimieren zu können.

Die AHV machte im vergangenen Jahr einen Überschuss von 2,6 Milliarden Franken – dreimal mehr als prognostiziert. Düstere Prognosen sind Kalkül: Sie sollen verschleiern, dass die AHV solide, verlässlich und solidarisch funktioniert. Höhere AHV-Renten sind möglich und finanzierbar. Die SP60+ unterstützt darum die Volksinitiative «Nationalbankgewinne für eine starke AHV». Jahr für Jahr häuft die Schweizerische Nationalbank Milliardengewinne an. Dieses Geld gehört der Bevölkerung und muss endlich zurück an alle. Als Mitglied im Initiativkomitee rufe ich euch alle auf, diese Initiative zu unterschreiben und euch an der Unterschriftensammlung zu beteiligen.

**Zur Volksinitiative «Nationalbankgewinne für eine starke AHV» –
online unterschreiben**

<https://snb-milliarden.ch/>